

*Gegen eine grenzenlose Deregulierung und Liberalisierung im Sozialmarkt hat sich die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen in Bayern (AGF Bayern) angesichts der geplanten EU-Dienstleistungsrichtlinie ausgesprochen.*

Die AGF Bayern macht auf die familienpolitisch relevanten Folgen der seit längerem erkennbaren Tendenz zur Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen aufmerksam. Die Politik der Deregulierung darf sich im Sozial- und Gesundheitsbereich nicht fortsetzen, da damit unweigerlich ein Qualitätsverlust zu Lasten sowohl der Anbieter als auch der betroffenen Menschen - Familien und Kinder zumal - verbunden ist. Insbesondere ist zu befürchten, dass mit einer ungebremsen Deregulierung die Gewinnmaximierung als das zentrale Prinzip der freien Marktwirtschaft in den Bereich sozialer Dienstleistungen Einzug hält.

Nachfolgend die Position der AGF Bayern, die zum Europäischen Aktionstag der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie am 19. März 2005 veröffentlicht wurde.

### **Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen in Bayern (AGF Bayern) zur Liberalisierung von Dienstleistungen**

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen in Bayern (AGF) verfolgt mit großer Sorge die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Allgemeinen Abkommen über den Handel von Dienstleistungen (GATS). Die nunmehr vorgelegte und in Verhandlung stehende europäische Dienstleistungsrichtlinie verweist darauf, dass der Weg einer Politik der Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung stringent weiterverfolgt und auf den Sozial- und Gesundheitsdienst eins zu eins übertragen werden soll.

Die AGF befürchtet, dass sich damit die seit Jahren erkennbare Tendenz, sich an den Handlungsmaximen der Wirtschaft und damit allein an der Wirtschaftlichkeit bzw. Finanzierbarkeit bestimmter Angebote zu orientieren, durchsetzen und somit der Sozial- und Gesundheitsbereich der weitestgehenden Selbstregulierung des Marktes überlassen wird.

Die AGF befürchtet, dass sich folgende bereits seit Jahren erkennbare Tendenzen fortsetzen bzw. verschärfen und zu besonderen Belastungen für Familien führen werden:

- Der Wettbewerb und Konkurrenzdruck zwischen so genannten „Billiglohnländer“ und „dem Rest“ verschärft sich.

Auswirkungen erkennen wir bereits jetzt: mit der Standortfrage von deutschen Unternehmen, mit verlorengelassenen Arbeitsplätzen, mit der Aushebelung des Tarifrechts und dem Ausbau des Niedriglohnsektors, mit Fragen nach notwendigen Berufsqualifikationen, den damit verbundenen Ausbildungsstandards und –zeiten.

- Die Sozialpolitik wird ihrer Funktion, regelnd und steuernd in die Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens einzugreifen und Rahmenbedingungen für ein gelingendes, gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben zu schaffen und ggf. durchzusetzen, nicht gerecht. Sie orientiert sich einzig an der Finanzierbarkeit bestimmter Leistungen und übernimmt die Handlungsmaximen der Wirtschaft. Der Sozial- und Gesundheitsbereich wird damit der weitestgehenden Selbstregulierung des Marktes überlassen.

Auswirkungen erkennen wir bereits jetzt: mit zunehmenden Angeboten privater Anbieter und Träger in vermeintlich „gewinnträchtigen Bereichen“, mit der offenen Diskussion der Standards- und Qualitätssenkung in sozialen Einrichtungen und Diensten, mit der Verschiebung sozialer Absicherung in die private Verantwortung des Einzelnen und der damit häufig einhergehenden finanziellen Belastungen.

- Familienstrukturen und andere soziale Zusammenhänge, wie z.B. Nachbarschaften, Vereine, traditionelle Milieus, werden zunehmend aufgelöst, ohne dass neue Zusammenhänge, die für die Sozialisation der nachwachsenden Generationen von uneretzlicher Bedeutung sind, entworfen werden und entstehen können. Soziale und berufliche Unsicherheit erzeugen verstärkt u.a. Zukunftsängste, den Rückzug in das Private, reduziertes Konsumverhalten, die Entscheidung gegen ein Kind.

Auswirkungen erkennen wir bereits jetzt: mit der zunehmend geforderten – räumlichen – Mobilität bzw. Flexibilität der Arbeitszeit, die weniger Zeit für gemeinsames Familienleben, für die Erziehungsverantwortung für Kinder und ggf. der Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger, für die Pflege von Nachbarschaft, für ehrenamtliches Engagement, Beteiligung am öffentlichen Leben zulässt, mit der zunehmenden Politikverdrossenheit und dem sinkenden Vertrauen in das politische Agieren und Handeln.

- Der Anteil der als arm oder von Armut betroffenen Menschen und Familien erhöht sich. Immer mehr Menschen müssen mit immer weniger zurechtkommen, während einige wenige fast das ganze Vermögen unter sich aufteilen. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird größer werden. Auswirkungen erkennen wir bereits jetzt: in der Bundesrepublik ist zwischenzeitlich jeder Achte arm oder von Armut betroffen, gerade Familien mit vielen Kindern, allein Erziehende, Familien mit Migrationshintergrund sind besonders davon betroffen, Kinder gelten in unserem Land heute als Armutsrisiko, die angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen Leben bzw. an Bildungsmöglichkeiten und -angeboten, die notwendige Gesundheitsvorsorge hängt zunehmend von der Einkommenssituation des Einzelnen, der Familien ab.

Wir wehren uns gegen die Maßlosigkeit des Marktes, die selbst davor nicht zurückschreckt, Frauen und Kinder zur Ware zu machen.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Familienorganisationen in Bayern fordert die politisch Agierenden, Handelnden und Entscheidenden auf,

- eine vorausschauende und verlässliche Politik zur Stärkung der Familien zu betreiben und damit familienpolitische Rahmenbedingungen für ein gelingendes gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben zu schaffen,
- bei ihren Entscheidungen in den verschiedenen Politikfeldern die Auswirkungen auf Familien mitzubedenken, zu beschreiben und damit die Familienverträglichkeitsprüfung politischer Entscheidungen zu installieren,
- öffentliche Foren für Familien zu schaffen, in denen familienpolitische Grundlinien und –sätze auf dem Hintergrund der zunehmenden Liberalisierung von Dienstleistungen und vor allem deren Auswirkungen diskutiert werden können.

Einer Gesellschaft muss eine vorausschauende und verlässliche Politik zur Stärkung der Familien besonders am Herzen liegen. Denn deren Zukunft hängt auch entscheidend von der Zukunft der Familien ab. Sie ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar, und ihr Beitrag für die Volkswirtschaft ist grundlegend. Familien stehen nach wie vor unter einem besonderen Schutz des Staates, den es zu erhalten gilt. Für Familien ist eine öffentliche und soziale Infrastruktur von existenzieller Bedeutung. In der Familienpolitik muss es in erster Linie – unabhängig

von Nützlichkeitsabwägungen - um die Schaffung von kinder- und familienfreundlichen Rahmenbedingungen gehen, um Bedingungen, die dem Aufwachsen von Kindern dienen und Eltern bei ihren Aufgaben unterstützen.

AGF Bayern,

c/o Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern e.V.,

Birgit Löwe, Tel. 0911-9354-310

Email: [✉ loewe\(at\)eaf-bayern.de](mailto:loewe(at)eaf-bayern.de)

In der AGF Bayern sind zusammengeschlossen:

Deutscher Familienverband, LV Bayern (DFV)

Evangelische Aktionsgemeinschaft für

Familienfragen in Bayern e.V. (EAF)

Familienbund der Katholiken, LV Bayern (FdK)